



PDS nach Europa



Seite 3

EU kommunal



Seite 5

Gerechtigkeit



Seite 7

Am 13. Juni Sozial wählen!

Europa im Bezirk

Europa vor der Haustür



Europa liegt nicht nur in Brüssel, sondern beginnt schon vor der eigenen Haustür – auch in Pankow. Wenn wir uns im Bezirk umschauchen, dann stellen wir fest, dass an der einen oder anderen Ecke gebaut wird – trotz desolater Berliner Haus- haltslage.

Möglich wird dies u.a. durch den Europäischen Strukturfonds für regionale Entwicklung (EFRE). So manch einer sagt, das sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber ohne diesen Tropfen wären viele Projekte gerade bei der Verbesserung und Neugestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen und Parkanlagen nicht möglich.

Auch Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen werden von der EU gefördert, bspw. durch den Europäischen Strukturfonds für Beschäftigungs- und Qualifizierungs-

förderung (ESF). Somit wird vielen AnwohnerInnen die Möglichkeit gegeben, sich zu orientieren, wenn es der erste Arbeitsmarkt nicht hergibt.

Die Strukturfondsmittel werden nach Ausmaß des wirtschaftlichen Rückstands und Schwere der strukturellen Probleme einer Region vergeben. Jeder Bezirk hat die Möglichkeit, sich darum zu bewerben. Aber dies geht nur, wenn diese Möglichkeiten auch von den BürgerInnen und Ämtern in Pankow in Anspruch genommen werden und sich das Bezirksamt um eine Kofinanzierung aus finanziellen Mitteln des Landes bemüht.

Die PDS stellt mit Almuth Nehring-Venus eine Stadträtin, die sich gerade auch in diesem Bereich bemüht, die vorhandenen Fördermittel für unseren Bezirk zu bean-

tragen, damit europäische Fördergelder für Vereine und Initiativen zur Verfügung stehen. Denn diese Fonds sind für die BürgerInnen da. Deswegen: Europa beginnt vor der eigenen Haustür. Europa beginnt in Pankow.

Katja Haese



Europa ohne Rassismus



Zuerst ein „Rat für Deutsche“ forderte ein Bürger, als er Ende März auf unseren Informationsstand stieß, den wir anlässlich des internationalen Tages gegen Rassismus zusammen mit dem Rat für MigrantInnen, den Grünen, den Jusos, der Oase e.V., dem Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt sowie dem Bezirksamt vor den Schönhauser Allee Arkaden durchführten. Der Forderung des Mannes folgten Auslassungen über die drohenden Schlechtigkeiten, mit denen bei der EU-Erweiterung zu rechnen sei.

Mit etlichen davon steht er nicht allein. Aber: Die schon oft beschworene „Schwemme“ osteuropäischer ArbeitsmigrantInnen ist eher unwahrscheinlich. Ähnliche Befürchtungen haben sich schon bei der Aufnahme südeuropäischer Länder nicht bewahrheitet. Dagegen sind Ängste in Bezug auf die Abwanderung von Konzernen nach Osteuropa nicht ganz unbegründet. Einige, wie z.B. der VW-Konzern,

haben diesen Schritt schon getan. Damit wurde und wird Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Druck auf Lohn- und Leistungsverzicht Vor- schub geleistet.

Diese Entwicklung findet im nationalen Rahmen in der unsäglichen Agenda 2010 ihre Fortschreibung. Sie führt dazu, dass immer mehr Menschen mit einer zunehmend schlechteren sozialen und materiellen Situation sowie Perspektivlosigkeit zurechtkommen müssen. Dieser Sozialabbau vollzieht sich sowohl in den „alten“ wie auch in den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Dies passiert zwar in unterschiedlicher Intensität und auf unterschiedlichem Niveau, aber die Grundzüge neoliberaler Politik sind die selben.

Dieser unsozialen Politik muss Einhalt geboten werden. Gemeinsam mit den BürgerInnen der Beitrittsländer sind den oft schon erschreckend deutlichen nationalistischen Bestrebungen mit all ihren hässlichen Begleiterscheinungen, die politischen, sozialen und kultu-

rellen Grundlagen zu entziehen. Der EU der Konzerne ist eine EU der Menschen, Länder und Regionen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt entgegenzusetzen. Dazu ist ein Zusammengehen der linken, fortschrittlichen Kräfte aller 25 EU-Staaten hilfreich und unerlässlich.

Die Gründung einer europäischen Linkspartei ist ein wichtiger Schritt zur Bündelung dieser Kräfte. Eine solche gemeinsame Plattform im Kampf gegen neoliberale Angriffe auf Lebensqualität und Zukunft der EU-BürgerInnen bedarf auch einer adäquaten Interessenvertretung im Europaparlament. Dort werden zunehmend Entscheidungen getroffen, die tief in das Leben jedes Einzelnen eingreifen. Sie entscheiden wesentlich über unsere soziale Situation, den Bildungszugang, unsere materiellen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten und letztlich über das menschliche Antlitz der EU.

Ines Pohl und

Thomas Fritsche
Bezirksverordnete

Roter Faden durch Europa

PDS ist wählbar

Ein Europa selbstbewusst und selbständig gegenüber den USA – der Ex-Präsident Frankreichs General de Gaulle konnte dies mit seinem Namen verbinden – wünsche ich mir, selbstverständlich ohne Nationalismus, Atomrüstung und Kolonialpolitik.

Europa soll sich nicht gegenüber der Welt abschotten, sondern den Nord-Süd-Dialog vorantreiben, ein Gegenpol zur hemmungslosen kapitalistischen Globalisierung werden, schlag nach bei Olof Palme und Willy Brandt.

Freiheit von Massenvernichtungswaffen vom Atlantik bis zum Ural, dieser Gedanke des ehemaligen polnischen Außenministers Adam Rapacki inspiriert uns noch heute. Sicherheit als gegenseitige Handlung und nicht Sicherheit gegeneinander, das hat der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr in die europäische Diskussion eingebracht.

Der Vorsitzende der italienischen Kommunisten, Enrico Berlinguer, prägte für die Linke in Europa, Einheit in der Vielfalt zu suchen, der kulturellen und sozialen Unter-

schiedlichkeit. Welche Welten liegen zwischen solchen Gedanken und der Eintönigkeit von Markt- und radikalen.

Heute schallt uns aus Europa Vielfalt und Konformität entgegen. Das Europa von Blair, Schröder und Fischer, von Berlusconi und Raffarin – so unterschiedlich diese sind – ist im Würgegriff der Neoliberalen. Es ist höchste Zeit, uns zuzurufen: Rettet den freien Geist, verteidigt die Kultur, baut auf den Sozialstaat, fordert Abrüstung; durch Europa soll sich ein roter Faden ziehen. Europa als Krähwinkel oder Europa der Aufklärung, Europa Neoliberal oder Europa Sozial, ein Europa der Kriegsbeile oder ein Europa der Abrüstung. Aufklärung, soziale Gerechtigkeit, Abrüstung, dafür kandidieren Linke in Europa. In Deutschland die PDS.

Die Partei der Europäischen Linken, die wir am 8. und 9. Mai in Rom gegründet haben, ist das Neue in Europa. Wo die anderen Soldaten entsenden wollen, um angeblich Terroristen zu bekämpfen, sagt die Linke, lasst uns den Hunger überwinden, Bildung schicken, Krankheiten bekämpfen. Das schafft Sicherheit und Stabilität. Bildung statt Bomben, ein Markenzeichen der PDS.

Wo die anderen überlegen, welches Land in Europa am besten geeignet ist, um Umweltschutz zu unterlaufen, soziale Verantwortung auszutricksen, sich niedrige Löhne zunutze zu machen, will die PDS, dass überall soziale und ökologische Mindeststandards gelten. Wo andere die Frauen in Europa in die Küchen und auf Laufstege des Glambours beschränken

Was tun für Europa – Gerechtigkeit im eigenen Land.

Am 13. Juni Sozial wählen.



wollen, bestehen wir auf Gleichstellung und Gleichberechtigung.

Arbeitnehmer müssen in der EU selbst entscheiden können, wo sie leben und arbeiten wollen; Schüler, Studenten und Auszubildende sollen europäische Erfahrungen sammeln, aber nicht getrieben von den Veränderungen in ihrer Region und als Manövrierarmee derjenigen, die Löhne drücken und Ausbildung kommerzialisieren wollen, sondern frei und selbstbestimmt. Europäische Landwirtschaft und Verbraucherschutz müssen nicht gegeneinander stehen, ebenso wenig wie genossenschaftliche und private Produktion, wenn der Einfluss der Saatgutproduzenten, der Chemieindustrie begrenzt und kontrolliert wird.

Nachhaltigkeit heißt das übergreifende Stichwort – ökologisch, sozial und kulturell. Ein Europa der Vernunft soll wachsen, und es wächst von unten. Damit die Vernunft eine Chance bekommt, kandidieren Vernünftige bei den Europawahlen. Überall. In Deutschland die PDS. Vernunft ist wählbar. Die PDS ist wählbar. In der Kommune, im Land und in Europa.

Wolfgang Gehrcke

Sprecher für Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit des PDS-Parteivorstandes



Nachgefragt

Ein Europa der Menschen



Ortrud Georgy:

Die Volkssolidarität Pankow hat gemeinsam mit dem Bezirksverband Pößneck, mit dem Verein „Senior“ aus dem polnischen Kolberg einen Vertrag über Zusammenarbeit und Freundschaft abgeschlossen. Der Vertrag dient älteren und behinderten Menschen und allen, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Diese Zusammenarbeit ist für unsere Länder besonders wichtig, gerade jetzt nach dem polnischen Beitritt zur EU.

Irene Eikmeier:

Im neuen Europa mit weiteren Sprachen und Kulturen gilt es, neue Formen der Kommunikation zu proben und einen hohen Grad der Übersetzung zu finden. Die bildende Kunst ist eine Sprache, die oft ohne Dolmetscher auskommt und daher eine schnelle Form der Kommunikation, die einem doch die eigene Zeit lässt.

Als Galeristin erwarte ich von der Politik, dass sie den hohen Wert der Kommunikation durch die Kunst begreift und entsprechend fördert. Vor allem in Berlin sollten Kunst und Kultur als Wirtschaftsfaktor ernst genommen werden. Anstatt Künstlerförderungen zu streichen, sollten sie ausgebaut werden. Auch

sollte es Messgeförderungen für in Berlin ansässige Galeristen geben. Die Stadt lebt von ihrer jungen kreativen Szene, die über die Galerien auch überregional bekannt gemacht wird.

Dominic Heilig:

Zwei Millionen Menschen besuchen in Deutschland eine Universität. Manche studieren Popmusik, andere Politikwissenschaften, wie ich. Die Entwicklung eines europäischen Hochschulraumes begrüße ich. Die Ideen studentischer Freizügigkeit und von europaweit anerkannten Abschlüssen sind im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses wichtig. Versuche, dadurch den Zugang zu Bildung zu erschweren und diese unter das Diktat wirtschaftlicher Verwertbarkeit zu stellen, lehne ich entschieden ab. Das erwarte ich auch von der Europäischen Linken.

Heinz Hanke:

Als Neuunternehmer musste ich 1990 lernen, mit Konkurrenz überhaupt umzugehen. Nun weiß ich, dass man auch in dieser Ellenbogen-gesellschaft kooperative Wirtschaftsformen entwickeln kann. Als Mitstreiter des „Ständigen Forums der Europäischen Linken der Region“ – mit Partnern aus Polen, Tschechien, der Slowakei, und Deutschland – sehe ich die Chance in der Kooperation des Mittelstandes und damit ein gemeinsames Interesse gegen Monopolismus. Hier ist auch meine Forderung an die linken Parteien, dass diese sich endlich um Wirtschaftsstrategien kümmern, anstatt immer nur gegen etwas zu sein.

Ulrike Rosensky:

Frauen nehmen heute ganz selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teil. Sie gehen arbeiten, machen Karrieren, gestalten ihr Leben – bis zu ihrem ersten Kind. Danach führen mangelnde Betreuungsmöglichkeiten dazu, dass viele jun-

ge Mütter nur noch Teilzeit arbeiten. Im Vergleich mit anderen Ländern hat Deutschland elf Prozent Frauen in Führungspositionen, in Frankreich sind es ca. 20 Prozent und in den skandinavischen Ländern sogar 46 Prozent. Mich wundert es nicht, wenn sich deswegen immer weniger Frauen gleichzeitig für Kinder und Beruf entscheiden. Eine Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der europäischen Union wäre deshalb ein erster Schritt.

Tina Pfaff:

„Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen“: Dieser Satz von Martin Luther beschreibt die Grundbedingung der menschlichen Existenz. In Berlin mit fast 3,4 Millionen Einwohnern waren 307.347 Menschen im März 2004 als arbeitslos registriert. 114.700 Menschen sind langzeitarbeitslos. Jeder sechste Berliner lebt mit weniger als 600 Euro im Monat unter der Armutsgrenze. Daran werden auch die Hartz-Gesetze oder Schröders Agenda 2010 nichts ändern, weil mit der Umsetzung keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit diesen „Reformen“ ist Deutschland weit davon entfernt die Beschäftigungspolitischen Leitlinien, die der Rat der Europäischen Union im Juli 2003 beschlossen hat, umzusetzen.

Sabine Jonas:

In Vorbereitung auf die Jugendweihe bietet Jugendweihe Berlin/Brandenburg e.V. zahlreiche Veranstaltungen, in denen sich Jugendliche mit dem Leben und der Kultur in Europa vertraut machen können. Diese Möglichkeit soll Jugendliche auf das zukünftige „erwachsene“ Leben vorbereiten, in dem sie oft mit vielen Menschen anderer Nationen und Kulturen zusammenkommen. Ich sehe darin eine wichtige Aufgabe, neben der Schule mitzuhelfen, dass Berührungängste und Vorurteile abgebaut werden.

Kommunalpolitik in Europa

Europa macht Schule

Was hat Europa mit den Schulen zu tun? Mehr als man beim ersten Nachdenken vermutet. Ein Stück Europa steckt in vielen Schulgebäuden. Aus Mitteln der europäischen Strukturförderung konnten schon viele Maßnahmen an Gebäuden und Außenflächen realisiert werden. Derzeit werden die Grundschulen im Blumenviertel und am Kollwitzplatz im Prenzlauer Berg, die Außenflächen der Arnold-Zweig-Grundschule in Pankow und der Grundschule Am Sandhaus in Buch neugestaltet. Allein diese vier Maßnahmen haben ein Fördervolumen von rund 3,2 Millionen Euro.

In unserem Bezirk gibt es darüber hinaus die Homer-Grundschule, eine Staatliche Europaschule Deutsch/Griechisch. Hier werden nicht nur die Kinder griechischer Eltern unterrichtet, sondern auch

deutsche Kinder, die eine besondere sprachliche Kompetenz erwerben möchten. Durch diese Schule hat der Bezirk Kontakt zur Griechischen Botschaft und es werden weitere gemeinsame Aktivitäten geplant.

Darüber hinaus wurde durch die Stadt Athen ein Förderantrag für ein gemeinsames EU-Projekt „Gestaltung jeweils eines Schulhofes in Berlin und Athen“ unter ökologischen Gesichtspunkten und mit Beteiligung der SchülerInnen gestellt.

24 Schulen haben schon jetzt grenzüberschreitende Patenschaften, z.B. zwei Oberschulen und zwei Grundschulen zu unserer polnischen Partnerstadt Kolobrzeg. Durch die Erweiterung der europäischen Union wird Europa noch weiter zusammenrücken. Gemeinsame Aktivitäten, Freizeiten, aber

auch Diskutieren um europäische Geschichte werden Verständnis füreinander wachsen lassen. Kinder wollen schon in der Grundschule, sogar im Kindergarten, Sprachen lernen. Derzeit sind Englisch und Spanisch der Hit. Aber wer weiß, vielleicht wollen unsere Schüler bald Polnisch lernen? Beim Europafest in Kolobrzeg waren jedenfalls junge Menschen aus unserem Bezirk dabei.

Christine Keil
Stadträtin

für Jugend, Schule und Sport

Europa ist nah

Die Arbeit der Europäischen Union ist mir erst durch die Tätigkeit als Stadträtin näher bekannt geworden. Diese Erfahrung zeigt, wie wenig wir normalerweise von der EU wissen. Es bedarf bei einem Europa von 25 Mitgliedsstaaten einer ganz neuen Art der Öffentlichkeitsarbeit und der Schaffung von Transparenz, als wir es bisher konnten. Europa scheint fern. Aber wenn man genau hinschaut, ist der gelbe Sternenkreis auf blauem Grund sehr

oft auf Bauschildern in der Öffentlichkeit zu sehen. Denn nicht nur Forschungszentren in Berlin-Buch wurden mit EU-Geldern gebaut. Viele Schulhöfe sind mit Hilfe der EU grüner geworden, das neue Museums- und Bildungszentrum in der Prenzlauer Allee konnte nur mit EU-Mitteln gestaltet und umgebaut werden. Europa ist nah.

Almuth Nehring-Venus

Stadträtin

für Wirtschaft und Kultur

Grundschule am Kollwitzplatz



Keine Angst vorm Neuen Osten

Ab Mai 2004 ist Europa um zehn Länder gewachsen, darunter Polen und Tschechien. Was auf den ersten Blick wie eine Bedrohung anmutet – schließlich scheinen europäische Fördergelder und Berliner Arbeitsplätze auf dem Spiel zu stehen – beinhaltet vor allem Chancen. Berlin kann zur Drehscheibe der EU-Osterweiterung werden. Dabei profitiert Berlin nicht nur von

seiner Lage, sondern auch von gewachsenen Kompetenzen und Beziehungen der ehemaligen DDR-BürgerInnen.

Neu entwickelte Potentiale wie der Biotechnologie-Standort in Buch fördern diesen Prozess und werden gleichzeitig von diesem Prozess befördert. Die vom rot-roten Senat angestrebte Verknüpfung von Wissenschaft, Wirtschaft und Techno-

logie, verbunden mit dem Ausbau der Verkehrswege nach Polen, ist eines der wenigen ökonomischen Wachstumspotentiale, das Berlin mit seinem dünn besiedelten Umland hat. Klug angefasst und solidarisch gestaltet bringt die Osterweiterung unserer Stadt mehr Geld und mehr Arbeitsplätze.

Gernot Klemm

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Am 8./9. Mai wurde in Rom die Europäische Linkspartei (EL) gegründet

Sinistra Europea



Sonntagabend im Aurelia-Tagungszentrum. Die Stimmung ist gelöst, viele Sprachen fliegen gleichzeitig durch den Raum. Fabio Amato, Mitarbeiter der Internationalen Abteilung von Rifondazione Comunista, der Partei der Kommunistischen Wiedergründung Italiens, erhebt sich samt Glas und fordert die Anwesenden auf, es ihm gleich zu tun: „Auf unsere Partei, liebe Genossen und Genossinnen“. Lachen mischt sich in den Klang

der Weingläser, Menschen fallen sich in die Arme, Küsse werden ausgetauscht.

Nächtelange Diskussionen und kiloweise Zigarettenasche liegen hinter den 300 Teilnehmern des Gründungskongresses zur Europäischen Linkspartei in Rom. Am Ende stehen 15 Parteien unter den Gründungsdokumenten, die 450 Millionen Menschen europaweit vereinigen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Fausto Bertinotti, Chef der italienischen Partei der Kommunistischen Wiedergründung (PRC), gewählt. Diesem steht ein 28-köpfiger Vorstand zur Seite.

Für alle Beteiligten war es ein emotionsgeladenes Wochenende. Zum Beispiel als die Teilnehmer die Ardeatinischen Höhlen, in denen vor 60 Jahren die Nazis 335 Menschen niedergemetzelt haben, besuchten. Oder als zum Schluss Delegierte Hand in Hand in ihren Sprachen die „Internationale“ und

das italienische Partisanenlied „Bella Ciao“ sangen.

Zwei Tage lang waren alle Teilnehmer nicht nur politisch auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache. Kommuniziert wurde mit Händen und Füßen. Bertinotti brachte es dennoch auf den Punkt: „Kernelemente der Europäischen Linkspartei sind die radikale Entscheidung für Frieden und gegen Krieg, eine alternative Politik zum Neoliberalismus, eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entscheidung für Demokratie und Partizipation“. Lothar Bisky, der Vorsitzende der PDS, kritisierte, dass das alte Europa von oben gekommen ist. „Das neue Europa aber wächst von unten“. Der Anfang für ein neues politisches Projekt der Linken in Europa ist gemacht. Getreu dem Motto des Kongresses beginnt aber erst jetzt die eigentliche Arbeit, denn „Das ist nur der Anfang“.

Dominic Heilig

Foto:
Carsten Schatz



Jetzt beginnt die Arbeit!



Ce n'est qu'un debut ... und das ist erst der Anfang! Unter dieser Losung stand der Gründungskongress der EL – der Partei der Europäischen Linken. Mit viel Schwung und Begeisterung sind wir Delegierten aus Rom zurück. Nun gilt es, sehr schnell die ersten Aufgaben zu bestimmen und ein aktives Engagement der EL in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen zu ermöglichen.

Als erstes sehe ich da das bereits vereinbarte Zusammenwirken in den Wahlkampagnen auf nationaler Ebene zu den Europawahlen am 13. Juni zu realisieren. Wir haben durchaus Originäres in die Europawahlkämpfe auf nationaler Ebene einzubringen. Denn die Europäische Linke ist eine politische Kraft, die sich entschlossen für das soziale Europa einsetzt, dafür beschäftigungspolitische Akzente setzen und ökologisch-nachhaltige Entwicklungen befördern will. Die sich gegen die brutale neo-

liberale Marktlogik, für ein solidarisches Miteinander der Menschen in ganz Europa einsetzt. Die EL will und wird sich für eine demokratische, weltoffene und friedliche Europäische Union einsetzen. Und dafür konkrete Vorschläge gesellschaftspolitischer Alternativen einbringen.

Zweitens heißt das, notwendige Arbeitstrukturen zu schaffen und sich im neugewählten Vorstand zu den vielen bereits auf dem Gründungskongress angesprochenen konkreten Ideen für gesellschaftliche Aktionen, politische Aktivitäten und langfristige Aufgaben zu verständigen. Ende Juni soll die erste Vorstandssitzung stattfinden.

Und drittens werden wir uns als Mitgliedsparteien der EL dazu verständigen, wie die EL sich als politische Partnerin der vielen sozialen Bewegungen und Initiativen, der Gewerkschaften usw. sich in die

Vorbereitung und Durchführung des 3. Europäischen Sozialforums in London einbringen kann.

Vieles ist ja erst angedacht und muss weiter konkretisiert werden. Es müssen Arbeitsplanungen erstellt und eine interaktive Kommunikation innerhalb der EL und eine notwendige Öffentlichkeitsarbeit nach außen organisiert werden. Jede und jeder sind aufgerufen, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen: wie konkret und auf welche Weise – auch das ist im gemeinsamen Arbeitsprozess von 15 Linksparteien aus 13 Ländern zu vereinbaren.

In diesem Sinne: Macht mit, schaut immer auf die Websites der beteiligten Parteien und die im Aufbau gemeinsame web-Adresse:

www.european-left.org

Helmut Scholz

Kandidat der PDS

zum Europaparlament und

Mitglied des Vorstandes der EL

Gerechtigkeit in Europa

Für soziale Balance

Seit zwei Jahren arbeitet Rot-Rot mit dem erklärten Ziel der sozial verträglichen Haushaltskonsolidierung. Vieles, was in Berlin als selbstverständlich galt, wurde auf den Prüfstand gestellt. Bei Angebotsvergleichen mit Großstädten und Ländern mussten wir feststellen, dass Berlin – „dank“ jahrzehntelangem Frontstadtstatus – noch immer oft einsame Spitze ist. So erklärt sich auch, dass fast alle Länder und der Bund geäußert haben, dem hoch verschuldeten Berlin nicht aus der Notlage helfen zu wollen, solange die Ausgaben noch so hoch seien.

Mir kommt es in dieser Situation darauf an, dass insbesondere jene weiterhin mit öffentlicher Unterstützung rechnen können, die am meisten auf Hilfe angewiesen sind. Deshalb wurde die Sozialhilfe nicht auf Brandenburger Niveau gesenkt, sondern im Jahre 2003 erhöht und Pauschalen erhalten. Davon profitieren fast 300.000 Sozialhilfeempfangende.

Den Zuschuss für das Sozialticket zu streichen, war eine schmerzhaft Entscheidung. Aber: Der Rechtsanspruch auf Mobilität bleibt den

Sozialhilfeberechtigten erhalten. Wir brauchen ein soziales Angebot für alle bedürftigen Menschen. Was beim Job-Ticket möglich ist, muss auch für Einkommensschwache möglich sein. Dafür streite ich.

Berlin hat eine komplizierte Sozialstruktur: seit Jahren über 15 Prozent Arbeitslosigkeit, darunter hohe Langzeitarbeitslosigkeit, überdurchschnittlich viele Sozialhilfeberechtigte und damit eine überdurchschnittliche Armutsquote.

Die entsprechend hohen Sozialkosten steigen in dem Maße, wie sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Nachhaltige Sozialpolitik besteht darin, den Menschen die Chance zu geben, durch bezahlte Arbeit ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern.

Darum haben wir 2003 zu einem erfolgreichen Jahr kommunaler Beschäftigung gemacht und 8.500 Menschen über Hilfe zur Arbeitsmaßnahmen ins Erwerbsleben integriert. Diese Beispiele zeigen, dass die PDS versucht, die Leitschnur sozialer Gerechtigkeit zu verfolgen.

Trotzdem: Die Erwartungen an den Senat sind so hoch wie unterschied-



lich. Konsolidierung erfordert vor allem niedrigere Ausgaben. Jede noch so moderate Veränderung führt zu Protesten. Dazu kommt, dass die Bundesregierung mit ihren „Reformen“ die Armut im Land noch verschärft. Wir müssen dazu Lösungen finden, obwohl wir dafür durch die Steuersenkungen des Bundes immer weniger Mittel haben.

Die soziale Balance bei gleichzeitiger Konsolidierung zu erhalten, ist und bleibt eine große Anstrengung. Wir als PDS stellen uns dieser schwierigen Aufgabe und werden sie gemeinsam meistern.

Heidi Knake-Werner

Senatorin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

Was macht ihr eigentlich da?

Oft werde ich gefragt, ob PDS-Abgeordnete im Europäischen Parlament überhaupt etwas ausrichten können. Und guten Gewissens antworte ich jedes Mal: Ja, sie können. Zum einen internationalen Widerstand vernetzen, aufklären, informieren, Transparenz herstellen. Zum anderen erlaubt die vergleichsweise angenehme politische Kultur Erfolge, von denen zum Beispiel die PDS im Bundestag nur träumen kann. Europäische Gesetze, Richtlinien und Stellungnahmen des Parlaments tragen nicht selten den Namen der PDS-Abgeordneten.

Mit zahllosen Änderungsanträgen haben wir Beschlüsse des Europäischen Parlaments geprägt. Nach meiner persönlichen Statistik sind rund 500 meiner Anträge bisher an-

genommen worden. Wir haben die Belegschaft des Stahlwerkes Gröditz gegen die EU-Kommission unterstützt und anerkannten Anteil am Erhalt des Werkes und der Arbeitsplätze. Dass die EU-Produktionsbeschränkungen für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern wenigstens gelockert wurden, geht in nicht geringem Maße auf unsere Arbeit zurück – ebenso die positiven Veränderungen für die ostdeutsche Landwirtschaft oder die Erhöhung der finanziellen Förderung für die Grenzregionen im Erweiterungsprozess.

Die Verletzung von Umweltrichtlinien in Brandenburg, die Nichtausschöpfung von Fördermitteln in Mecklenburg-Vorpommern, der Skandal von Antiper-

sonenminen an der griechisch-türkischen Grenze und vor allem die Massenmorde an Gefangenen durch Verbände der USA und unter Beteiligung US-amerikanischer Soldaten in Nordafghanistan im November 2002 sind durch uns in die Öffentlichkeit gebracht worden.

Als wir 1999 in das Parlament einzogen, haben uns viele Linke mit Hoffnung, einige andere mit Skepsis empfangen, die meisten aber nahmen nicht einmal wahr, dass da eine neue Partei vertreten war. Ein Zustand, der sich grundlegend geändert hat. Die PDS hat einen Namen im Europäischen Parlament. Und das soll so bleiben.

André Brie

Mitglied des Europäischen Parlamentes





Quizen für Europa

Grand Prix

- Wie heißt die Hauptstadt von Slowenien?
 - Koper
 - Ljubljana
 - Maribor
- Wie lange dauert die EU-Präsidentschaft?
 - sechs Monate
 - neun Monate
 - ein Jahr
- Auf wieviel Mitgliedsstaaten hat sich die EU am 1. Mai 2004 erhöht?
 - 20 Staaten
 - 25 Staaten
 - 28 Staaten
- Wie oft wird das Europäische Parlament gewählt?
 - vier Jahre
 - fünf Jahre
 - sechs Jahre
- Welches ist das größte Land, das am 1. Mai 2004 Mitglied der EU wurde?
 - Polen
 - Tschechien
 - Ungarn
- Wer ist zur Zeit Vorsitzender der Europäischen Kommission?
 - Silvio Berlusconi
 - Romano Prodi
 - Javier Solana
- Nach der Europawahl am 13. Juni werden dem Europäischen Parlament angehören?
 - 600 Mitglieder aus 25 Ländern,
 - 374 Mitglieder aus 15 Ländern,
 - 732 aus 25 Ländern
- Wieviel Sterne sind auf der Europafahne zu sehen?
 - 25
 - 16
 - 12
- Welcher Fraktion im Europaparlament gehören die Abgeordneten der PDS an?
 - GUE/NGL (Konföderierte Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken)
 - PSE (Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas)
 - VERTS/ALE (Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz)

Schicken Sie Ihre Lösung bis zum 10. Juni an die PDS Berlin Drei, Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin. Die richtigen Einsendungen nehmen am 13. Juni auf unserer Wahlparty an einer Auslosung teil. Als Hauptpreis winkt ein Fahrrad. Mit dem zweiten Preis können Sie eine Tagesfahrt nach Görlitz gewinnen. Der dritte Preis ist ein ADAC-Atlas, als Preise 4 bis 10 werden Bücher europäischer Autoren verlost.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|---|---|--|
| <p>25. Mai
19 Uhr „Sozialabbau und Militarisierung in Europa – (k)ein Zusammenhang?“ mit: Tobias Pflüger, Europakandidat der PDS, Galerie am Wasserturm, Rykestraße 2</p> <p>26. Mai
19.30 Uhr „Genfood: Biss ins Ungewisse?!“ Gespräch mit Heidi Knake-Werner (Senatorin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz), „Ars Vini“, Lychener Straße</p> <p>27. Mai
19 Uhr Bürgerforum mit Lothar Bisky (PDS-Vorsitzender) „Die PDS vor den Europawahlen“, Moderation: Marian Krüger (Mitglied des Abgeordnetenhauses), Gaststätte „le cardinal“, Alt-Karow</p> <p>30. Mai
18 Uhr Jour fixe der PDS Berlin Drei, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76</p> | <p>2. Juni
18 Uhr „Jugend trifft Europa“, mit Sascha Wagener, Europakandidat der PDS, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5</p> <p>5. Juni
14 Uhr Kinderfest auf dem Kolle. Zu Gast ist u.a. der PDS-Bundesvorsitzender Lothar Bisky (gegen 16 Uhr). Kollwitzplatz</p> <p>6. Juni
18 Uhr Jour fixe der PDS Berlin Drei, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76</p> <p>8. Juni
15 bis 20 Uhr PDS Wahl mobil mit Helmuth Scholz (Kandidat zu den Wahlen zum Europäischen Parlament), PDS-Bundestagsabgeordneter und Senatorin Heidi Knake-Werner unterwegs im Bezirk, Garbátyplatz, Antonplatz, gegenüber den Schönhauser-Allee-Arkaden</p> | <p>10. Juni
Zentraler Wahlkampfabschluss im Prater, Kastanienallee</p> <p>11. Juni
ab 6.30 Uhr „Frühaufsteher“ PDS-Infostand am S-Bahnhof Schönhauser Allee
ab 21 Uhr „Nachtschwärmer“ PDS-Infostand am U-Bahnhof Eberswalder Straße</p> <p>12. Juni
20 bis 24 Uhr Die PDS zieht durch die Kneipen. Wenn Sie nicht zu uns kommen, dann kommen wir mit unserer Kneipentour zu Ihnen: Helmi, Kollwitzplatz, Bötzowviertel, Gleimstraße, Kastanienallee und Oderberger Straße.</p> <p>13. Juni
18 Uhr Jour fixe zum Wahlsonntag „Ist sie schon drin?“, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76</p> |
|---|---|--|

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. Mai 2004
Druck: double express Auflage: 23.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders/der Spenderin.